

Solidarpakt III – An der Bildung darf nicht gespart werden

22.05.2014, 08:13 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Landesverband Liberaler Hochschulgruppen Baden-Wuerttemberg - LHG-BW*

(Stuttgart) Zurzeit laufen auf Landes- und Bundesebene Verhandlungen über die Hochschulfinanzierung der kommenden Jahre. In Baden-Württemberg soll der sogenannte Solidarpakt III die Grundfinanzierung der Hochschulen von 2015 bis 2020 festlegen. Dies soll den Hochschulen eine gewisse Planungssicherheit im Voraus ermöglichen. Seit über einem Jahr verhandeln Wissenschafts- und Finanzministerium mit den Hochschulen im Land über die Rahmenbedingungen dieses Solidarpakts III. Während Wissenschaftsministerin Theresia Bauer MdL (Grüne) eine Anhebung der Grundfinanzierung forderte, formulierte das SPD-geführte Finanzministerium von Nils Schmid MdL Sparvorgaben für das Wissenschaftsministerium. Zudem ruft die Koalition nach der Finanzierung vom Bund.

Dazu der Ehrenvorsitzende der Liberalen Hochschulgruppen Baden-Württemberg Alexander Schopf:

“Es ist lange bekannt, dass es um die Hochschulfinanzierung im Land nicht gut bestellt ist. Es ist auch nichts Neues und hat System, dass die grün-rote Landesregierung stets nach dem Bund ruft, wenn es mit dem Geld scheinbar eng wird, ausgenommen ist hier natürlich die Verkehrspolitik, wo Millionenbeträge einfach nicht abgerufen werden. Grün-Rot muss sich endlich an die eigene Nase fassen und sich der eigenen Verantwortung als Landesregierung bewusst werden. Nur so hat die Hochschullandschaft im Land und damit der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Baden-Württemberg eine Zukunft. Es bleibt zu erwarten, dass Grün-Rot nach der Europawahl die Katze aus dem Sack lässt und aus Ideenlosigkeit noch die Wiedereinführung von Studiengebühren fordert, obwohl es ein massives Einsparpotential im Landeshaushalt gibt. Nachhaltige Politik geht anders,

Liebe Landesregierung, die Unis sind in Not, handeln sie endlich – denn an der Bildung darf nicht gespart werden!”

Die Liberalen Hochschulgruppen Baden-Württemberg unterstützen den am 21. Mai stattfindenden landesweiten Aktionstag der baden-württembergischen Universitäten zur Hochschulfinanzierung und deren 8 Kernforderungen für einen neuen Solidarpakt ausdrücklich.

Portrait

Bei den Liberalen Hochschulgruppen Baden-Württemberg arbeiten unabhängige und liberale Studenten, die sich gemeinsam für die Idee des Liberalismus einsetzen

Die Liberalen Hochschulgruppen Baden-Württemberg (LHG-BW) verstehen sich als Interessenvertretung der Studenten an den Hochschulen und in der Gesellschaft. Basis der Arbeit der Liberalen Hochschulgruppen ist die Autonomie der Mitgliedsgruppen an den Hochschulen. Zur Durchführung ihrer Aufgaben sieht die LHG die Mitarbeit in den Gremien der akademischen und studentischen Selbstverwaltung als unverzichtbar an. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben arbeitet die LHG mit anderen Gruppen, Verbänden und Institutionen zusammen.

Der Landesverband Liberaler Hochschulgruppen hat es sich zum Ziel gesetzt, die Arbeit der einzelnen LHGs vor Ort optimal zu unterstützen. Zweck des Landesverbands ist die Förderung der Studentenhilfe. Dazu gehört die Bereitstellung

von Informations- und Werbematerial sowie die Durchführung von mehrtägigen Seminaren zu hochschulbezogenen Themenstellungen. Außerdem ist die Internetseite des Landesverbands erste Anlaufstelle für interessierte Studenten, um den Kontakt zu ihrer lokalen LHG zu erleichtern. Durch die Vernetzung der einzelnen Gruppen entsteht ein Forum zum Kennenlernen, Spaß haben, zum Erfahrungsaustausch und natürlich zur Diskussion über liberale Hochschulpolitik, zur gemeinsamen programmatischen Arbeit zur Erarbeitung von hochschulpolitischen Reformvorschlägen, die der öffentlichen Diskussion zugeführt werden und diese bereichern sollen und zur Förderung der aktiven Beteiligung der Studierenden an der Hochschulpolitik.

Warum Liberalismus an der Hochschule?

Die Grundlagen liberaler Politik stellen das Individuum in den Mittelpunkt. Der Staat sollte so wenig wie möglich durch Reglementierungen in das Leben jedes Einzelnen eingreifen. Seine Aufgabe ist es stattdessen, die Bürger- und Freiheitsrechte zu sichern. Damit die Bürgerrechte nicht nur auf dem Papier existieren, hat der Staat zudem die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Bürger seine potentiellen Möglichkeiten auch wahrnehmen kann. Dazu gehört sowohl eine Angleichung der Startchancen als auch soziale Verantwortung. Liberale Politik ist traditionell aufs Engste mit Bildungspolitik verknüpft.

Das Ziel der Bildung für alle und Humboldts Ideal von freier Forschung und Lehre reichen bis in die heutige Zeit und haben die deutsche Hochschullandschaft entscheidend geprägt. Auf der anderen Seite stellt gerade Bildung eine Voraussetzung für liberale Politik dar. Diese versetzt den Menschen in die Lage, sein Tun, seine Herkunft und seine Umwelt kritisch zu reflektieren und seine Verantwortung zu erkennen. Erst auf diese Weise entsteht eine pluralistische Gesellschaft voller Meinungsvielfalt, die für die Erhaltung unserer Demokratie so wichtig ist. Im Sinne einer solchermaßen verstandenen liberalen Politik haben sich in der LHG Studierende zusammengeschlossen, die sich den unterschiedlichsten politischen Parteien zuordnen. Gemeinsam ist uns allen das Interesse an der Bewahrung und dem Ausbau der einzigartigen Freiheit an den deutschen Hochschulen.

News-ID: 796678 • Views: 1690 (Stand: 07.08.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/796678/Solidarpakt-III-An-der-Bildung-darf-nicht-gespart-werden.html>